

Haushaltsrede 2024 „Stabilität für Hövelhof“

Anrede

Unser Bürgermeister Michael Berens ist ein außerordentlich musikalischer Mensch. In diesem Jahr hatte er seine Rede zur Einbringung des gemeindlichen Haushaltes mit dem Liedtext von Karat „Über sieben Brücken musst du gehen“ eingeleitet. Und in diesem Liedtext wird auch von den biblischen sieben guten Jahren und sieben schlechten Jahren eingegangen.

Zweifelsfrei haben wir mehr als sieben gute Jahre in unserer Haushaltswirtschaft erlebt. Und auch die Haushaltsabschlüsse waren in den letzten Jahren oftmals besser, als prognostiziert.

Im nächsten Jahr wird die Lage für viele öffentlichen Haushalte der Kommunen mehr als schwierig. Leider bürdet die Ampelregierung in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage nach zwei großen Krisen den Kommunen erhebliche Lasten zu.

Ein großes Beispiel, dass uns erhebliches Kopfzerbrechen erfordert, ist der Umgang mit Flüchtlingen. Bundespolitisch hatte man dabei im Jahr 2015 eine Situation beobachtet, die sich nicht wiederholen sollte. Wir in Hövelhof haben dabei unsere Hausaufgaben gemacht. Häuser erworben und die Bevölkerung um Mietangebote gebeten. Unsere Kapazitäten könnten schon bald erschöpft werden – jedoch ist der Zustrom an Flüchtlingen ungebrochen.

Für die Unterbringung und Versorgung eines Flüchtlings werden ca. 20.000 EUR pro Jahr benötigt, der Bund gibt aber nur 7500 EUR. Insbesondere weigert sich der Bund weiterhin, die Kosten der Unterkunft für anerkannte Flüchtlinge zu übernehmen. Der Bund lässt Länder und Kommunen auf Kosten in Milliardenhöhe sitzen. Gleichzeitig fehlt es an konkreten Maßnahmen des Bundes, irreguläre Migration wirksam zu verhindern. Und der Wille dazu ist nicht erkennbar.

Auch das geplante Wachstumschancengesetz wird die kommunalen Haushalte belasten. Die dort vorgeschlagene steuerliche Entlastung für Unternehmen geht eindeutig zu Lasten der kommunalen Haushalte.

Ein letztes kleines Beispiel ist die gesetzliche Verpflichtung durch den Bund, eine öffentliche Ladeinfrastruktur aufzubauen. Wir haben hierzu in unseren Haushaltsberatungen erarbeitet, dass die dafür vorgesehenen 200.000 EUR mit einem Haushaltssperrvermerk versehen werden. Wir wollen damit insbesondere erreichen, dass vielleicht eine Nummer kleiner geplant wird. Leider entfallen auch die eingeplanten Fördermittel durch die

haushaltspolitischen Maßnahmen des Bundes. Auch für dieses Thema werden wir in die Pflicht genommen, ohne dass es dafür eine Unterstützung gibt.

Dabei benötigen die kommunalen Haushalte eigentlich eine Stärkung ihrer Finanzkraft. Die Kommunen übernehmen viele Aufgaben und sind doch finanzpolitisch das schwächste Glied. Da hilft es auch nicht, dass wir eine Kommune sind, die ohne Schlüsselzuweisungen auskommt und durch die starke Gewerbesteuer diesen Haushalt finanziert.

Die Kommunen sind chronisch unterfinanziert. Das wird in dieser Belastungssituation mehr als deutlich. Die Aufgaben und Erwartungen sind höher als die finanziellen Mittel, die den Kommunen zur Verfügung steht, das ist eindeutig.

Dabei haben wir in der Bundesrepublik Deutschland kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. So betrug das Haushaltsvolumen des Bundes im Jahr 2019 356,4 Mrd. EUR, der Entwurf 2024 geht bislang von 445,6 Mrd EUR aus – eine Steigerung um 25 % in nur fünf Jahren.

Der Haushalt der Gemeinde Hövelhof 2019 von 39,7 Mio EUR auf 54,3 Mio. EUR – das ist eine Steigerung von 36 % des Aufwandes. Die Erträge decken den Aufwand nicht mehr und betragen 48,9 Mio EUR und sind seit 2019 nur um 28 Prozent von 38,2 Mio EUR gestiegen, während die Einnahmen des Bundes so gewachsen sind, dass der Haushalt bislang ausgeglichen werden konnte.

Hier gibt es eine deutliche Unwucht. Immer mehr soziale Wohltaten will die Ampelregierung verteilen – Erhöhung von Hartz IV – ach nein, das ist ja jetzt Bürgergeld. Was für ein seltsamer Begriff, der nur dazu dient, die Phantomschmerzen der SPD aus der Agenda 2010 zu heilen. Im Jahr 2019 betrug der Regelbedarf einer alleinstehenden Person noch 424 EUR, für das Jahr 2024 ist eine Erhöhung auf 563 EUR geplant – das sind 32 % mehr. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass die Wohnkosten und Nebenkosten dabei ebenfalls von der öffentlichen Hand getragen werden. Für jedes Mitglied der Bedarfsgemeinschaft erhöht sich dabei der Regelsatz, so dass bekanntermaßen bei größeren Familien der Abstand zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nicht mehr gegeben ist und der Vermittlungsvorrang auch nicht mehr verpflichtend ist. Das ist völliger Murks. Zweifelsfrei wollen wir den Menschen, die in Not geraten sind, ein würdiges Einkommen und würdige Lebensbedingungen bieten. Aber wir können es uns als Gesellschaft nicht leisten, soziale Wohltaten zu verteilen, ohne es vorher verdient zu haben.

Eigentlich ist es ja auch eine gute Idee, Familienleistungen zu bündeln. Doch was die grüne Ministerin Paus mit der Kindergrundsicherung da verbockt, ist mehr als fragwürdig. Für diese neue Leistung sind 2,4 Mrd. Mehrausgaben vorgesehen. An Leistungen werden wohl nur 2 Mrd. EUR bei den Menschen

ankommen. Denn gleichzeitig wird eine neue Behörde geschaffen, mehr als 5300 neue Mitarbeiter sollen rekrutiert werden und die ganze Geschichte soll wohl ungefähr 400 Mio. EUR an Verwaltungsaufwand kosten.

Das macht doch nur deutlich, dass wir in unserem Lande echt erhebliche Probleme haben. Ich weiß auch, dass die CDU in 16 Jahren nicht immer alles richtig gemacht hat, aber den Wagen in nur 2 Jahren so konsequent vor die Wand zu fahren, ist schon wirklich beeindruckend.

Auch in diesem Jahr möchte ich wieder einen Blick auf die Kreisumlage lenken. Der Kreis erhöht die beiden Umlagen für die allgemeinen Leistungen und das Jugendamt um ca. 3 Mio EUR summa summarum. Ich erkenne aber weiterhin ein ernsthaftes Bemühen der Spitze der Kreisverwaltung, die Belastungen, die den Kreis erreichen nicht vollständig an die Kommunen weiterzureichen. 3 Mio. EUR Mehraufwand – nur mal um das ins Verhältnis zu rücken – die Gesamteinnahme der Grundsteuer B beträgt etwas mehr als 3 Mio EUR. Und auch hier gilt es neben der Kindeswohlgefährdung auch die Lasten der „Kosten der Unterkunft“ – also Wohn- und Nebenkosten des Bürgergeldes – zu tragen und eben auch die immer weiter steigende Landschaftsumlage des LWL. Ich könnte hierzu auch noch etwas ausführen, verzichte aber heute darauf.

Gestern habe ich erfahren, dass der Haushalt des Kreises um insgesamt 14,4 Mio EUR entlastet wird. Hövelhof trägt davon 5% - also knapp 700.000 EUR weniger, dennoch bleiben die Zahlen bedrückend.

Warum ich Ihnen die Beispiele genannt habe? Weil sie nunmal direkten Einfluss auf die Haushaltswirtschaft unserer Gemeinde haben. Und auch die Wirtschaft hält sich bekanntermaßen mit Investitionen zurück. Wir befinden uns in einer echten Rezession und gelten heute mal wieder als kranker Mann Europas.

In Hövelhof haben wir nie geprotzt. Das Rathaus ist funktionsfähig, die Mitarbeiteranzahl trotz immer größerer Aufgaben angemessen ausgestattet. Hier wird richtig gut ausgebildet und die jungen Menschen erhalten in unserer Gemeindeverwaltung gute Perspektiven. Und wir konnten immer auch Geldreserven zur Seite legen, die uns heute den Haushaltsausgleich sicherstellen werden.

Steuererhöhungen werden wir auch in diesem Jahr vermeiden können. Zwar wird die Erhöhung des Wasserpreises die Bürger belasten, aber wir haben nach wie vor günstigere Wasserpreise als die Endkundenpreise unserer Wasserlieferanten aus Paderborn und Schloß Holte-Stukenbrock.

Meine letzte Haushaltsrede hatte ich unter das Motto „Wir tragen Verantwortung“ gestellt. Erwartungsgemäß hatten die Ampelparteien Hövelhofs erneut den Haushalt für das Jahr 2023 abgelehnt. Den Grünen fehlte es „an Mut

für Klima- und Umweltschutz“ und es war wohl ein Parkplatz zu viel. Die Haushaltsrede des SPD-Chefs war voll von Zitaten und Beschwerden zu vielen Dingen, aber so wirklich habe ich nicht verstanden, wieso der Haushalt als Grundlagenplan unserer Haushaltswirtschaft abgelehnt wurde. Und die FDP vermisste den Konsolidierungswillen.

Aber wo, meine Kollegen sind ihre alternativen Vorschläge. Konkrete Maßnahmen, wo Geld eingespart werden könnte oder wo wir Erträge steigern sollten, fehlten. Wo sind denn Ihre Ideen, wie sie die Haushaltswirtschaft gestalten? Fehlt ihnen dazu der Mut? Im Haupt- und Finanzausschuss haben Sie sich enthalten. Alle Vertreter der Ampelparteien. Und Sie werden wohl heute erwartbare Reden halten. Und Dinge wiederholen, die sie über Jahre in Reden vortragen. Der eine etwas mehr moralisierend, der andere strikt fiskalistisch, aber wohl wieder mit zwei Nachkommastellen. Und die Grünen wollen irgendwas mit mehr.

Aber wir als CDU bleiben hellwach. Wir wollen Hövelhof weiterentwickeln. Und wir haben gute Ideen. Diese wollen und werden wir auch in den nächsten Jahren gemeinsam mit der Bürgerschaft weiterentwickeln. Wir bleiben konstruktiv – und hören auch Ihnen und Ihren Ideen zu, wenn Sie für Hövelhof sinnvoll sind. Denn wir – die Hövelhofer CDU – sind der Stabilitätsanker unserer Heimat. Wir wollen auch in den nächsten Jahren die Belastungen für die Bürger gering halten. Wir wollen eine vernünftige Haushaltswirtschaft sicherstellen.

Das wird aber auch bedeuten, dass wir den Vereinen zumindest im Jahre 2024 keine außerordentlichen Zuschüsse gönnen können. Wir werden uns erst einmal auf unsere Pflichtaufgaben konzentrieren. Und das ist die Fertigstellung des Feuerwehrgerätehauses und die Aufnahme der Planungen für den Erweiterungsbau der Realschule mit einer raschen Umsetzung.

Wir sind uns sicher, dass die sieben Jahre aus dem Karat-Lied und der Bibel nicht sieben Jahre anhalten werden. Mit dem Gewerbesteuergesetz werden wir in einigen Jahren unsere Gewerbesteuer-Dividende aus unserem Gewerbesteueranteil des interkommunalen Gewerbegebietes in Stukenbrock erhalten. Und das wird weiter wichtig bleiben: denn wir können nur dann Geld ausgeben, wenn wir es einnehmen.

Wir bleiben zuversichtlich. Wir – die CDU – werden dafür sorgen, dass Hövelhof stabil bleibt. Denn auf uns ist Verlass. Und wir bleiben vernünftig und pragmatisch. Wir stimmen dem Haushaltsentwurf mit den von uns eingebrachten Änderungen zu.

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung in allen Einrichtungen für den tollen Job und den Dienst am Menschen. Wir wünschen Ihnen eine schöne und besinnliche Weihnachtszeit.